

STEUERBERATERKAMMER NIEDERSACHSEN
Körperschaft des öffentlichen Rechts

30057 Hannover - Postfach 57 27 - Tel. 0511/288 90 13 - Fax 0511/288 90 25

Zwischenprüfung

am 8. März 2016

Prüfungsfach: Wirtschafts- und Sozialkunde

<u>Arbeitszeit:</u>	45 Minuten
<u>Benötigtes Material:</u>	1 Lösungsblatt
<u>Zulässiges Hilfsmittel</u>	Taschenrechner Gesetzestexte

Vorbemerkung:

Füllen Sie zuerst den Kopf des Lösungsblattes aus.

Prüfen Sie die Aufgabe auf Vollständigkeit und beanstanden Sie fehlende oder unleserliche Seiten sofort bei der Aufsicht!

Beachten Sie dann, dass bei den folgenden **20 Aufgaben** von jeweils vier Möglichkeiten immer nur **eine** richtig ist. Bezeichnen Sie diese richtige Antwort durch ein **deutlich sichtbares Kreuz** ☒ in dem entsprechenden Kästchen.

Ein irrtümlich gesetztes Kreuz ist **unmissverständlich** durchzustreichen ~~☒~~.

Wenn mehr als ein Kästchen pro Aufgabe angekreuzt wird, gilt die Aufgabe als **nicht gelöst**.

RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

1. Der Grundsatz der "Über- und Unterordnung" gilt für das ...
 - A Handelsrecht.
 - B Zivilrecht.
 - C Steuerrecht.
 - D Aktienrecht.

2. Bei welchem Rechtssubjekt handelt es sich um eine juristische Person des privaten Rechts?
 - A Staatsanwalt S. Sauber
 - B Deutsche Bundesbank
 - C Stadt Göttingen
 - D T & C AG

3. Ein Siebenjähriger soll rechtlich eingeordnet werden. Welcher Aussage stimmen Sie zu?
 - A Er ist lediglich rechtsfähig, aber nicht geschäftsfähig.
 - B Er ist beschränkt rechtsfähig, voll geschäftsfähig und bedingt deliktsfähig.
 - C Er ist beschränkt rechtsfähig, bedingt geschäftsfähig und deliktsfähig.
 - D Er ist rechtsfähig, beschränkt geschäftsfähig und bedingt deliktsfähig.

4. Welche Aussage zum Begriff "Rechtsobjekte" ist falsch?
 - A Ein Rechtsobjekt ist jedes Gut, auf das sich die rechtliche Herrschaftsmacht des Rechtssubjektes beziehen kann.
 - B Vertretbare Sachen sind Einzelstücke mit individueller Prägung.
 - C Absolute Rechte, wie beispielsweise das Eigentumsrecht, gehören auch zu den Rechtsobjekten.
 - D Dingliche Rechte von Rechtssubjekten an Rechtsobjekten werden in der Rechtsordnung bestimmt.

5. Welche gesetzliche Regelung gilt hinsichtlich der Form eines Änderungsantrags zur Verlegung des Firmensitzes im Handelsregister?
 - A Formfreiheit
 - B Einfache Schriftform
 - C Notarielle Beglaubigung
 - D Notarielle Beurkundung

6. Welchen Feststellungen stimmen Sie zu?
- (1) Die Willenserklärung eines Geschäftsunfähigen ist grundsätzlich nichtig.
 - (2) Ein Rechtsgeschäft, welches der durch Gesetz vorgeschriebenen Form ermangelt, kann angefochten werden.
 - (3) "Scherz- und Scheingeschäfte" sind anfechtbar.
 - (4) Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig.
 - (5) Ein Motivirrtum ist anfechtbar.
- A** 1,4
B 1,2
C 1,3,4
D 1,5
7. In welchem der nachfolgenden Fälle ist ein Vertrag zustande gekommen?
- A** Ein Kunde lehnt vormittags ein fernmündliches Angebot ab, macht aber nachmittags von dem Angebot durch Bestellung per Fax Gebrauch.
 - B** Der Großhändler Karlson bestellt umgehend auf ein briefliches Angebot des Herstellers Pieper, ändert aber den Preis.
 - C** Marvin (22 Jahre) besucht an einem Sonntag seine Großmutter. Diese verspricht, ihm ihre Wertpapiere nach Bestehen des Examens zu schenken.
 - D** Der dauerhaft geistesgestörte Dietmar (19 Jahre) kauft sich in der Bäckerei ein belegtes Brötchen.
8. Der Großhändler Dinkelbeck (Käufer) aus Hamburg und der Hersteller Vliess (Verkäufer) aus Braunschweig haben einen Kaufvertrag über eine Spülmaschinenlieferung abgeschlossen. Es sollen die gesetzlichen Regelungen gelten. Die Beförderung der Spülmaschinen erfolgt vereinbarungsgemäß durch die Deutsche Bahn AG.
Wer trägt den Schaden, wenn die Spülmaschinen während des Bahntransports durch höhere Gewalt zerstört werden?
- A** Dinkelbeck
 - B** Dinkelbeck und Vliess je zur Hälfte
 - C** Vliess
 - D** Deutsche Bahn
9. Der Einzelhändler Klausen (Bremen) kauft von dem Großhändler Dinkelbeck (Hamburg) zwei Waschmaschinen für 1.000 EUR.
Wo ist bei diesem Kaufvertrag der gesetzliche Erfüllungsort für die Zahlung des Kaufpreises?
- A** Amtsgericht Hamburg
 - B** Geschäftssitz des Einzelhändlers Klausen in Bremen
 - C** Amtsgericht Bremen
 - D** Geschäftssitz des Großhändlers Dinkelbeck in Hamburg

10. Der selbständige Tischlermeister Holle reparierte am 10. Dez. 2012 die Haustür des Berufsschullehrers Fisser. Die Rechnung erteilte er aber erst am 10. Okt. 2015.
Wann verjährt der Anspruch auf Zahlung?
- A 31. Dez. 2014
 - B 31. Dez. 2015
 - C 31. Dez. 2017
 - D 31. Dez. 2018
11. Der Auszubildende Nick stellt seiner Freundin Klara unentgeltlich sein Auto zur Verfügung.
Welche Vertragsart liegt vor?
- A Mietvertrag
 - B Schenkung
 - C Sachdarlehensvertrag
 - D Leihvertrag
12. Eine Kündigung ist ...
- A ein einseitiges, nicht empfangsbedürftiges Rechtsgeschäft.
 - B ein zweiseitiges, einseitig verpflichtendes Rechtsgeschäft.
 - C ein einseitiges, empfangsbedürftiges Rechtsgeschäft.
 - D kein Rechtsgeschäft.

Soziale Sicherung

13. Welche der folgenden Zusatzleistungen gehören nicht zum sozialversicherungspflichtigen Arbeitsentgelt?
- A Frau Müller erhält von ihrem Arbeitgeber einen lohnsteuerfreien Reisekostenersatz in Höhe von 210 EUR.
 - B Herr Götze erhält von seinem Arbeitgeber einen Firmen-Pkw, den er auch für Privatfahrten nutzen darf. Er führt kein Fahrtenbuch. Der Arbeitgeber wendet die Pauschalversteuerung nicht an.
 - C Frau Neuer erhält monatlich einen Tankgutschein in Höhe von 70 EUR von ihrem Arbeitgeber.
 - D Zum Geburtstag erhält Herr Lahm eine Blumenvase von seinem Arbeitgeber im Wert von 100 EUR.
14. Welcher Aussage stimmen Sie zur Versicherungspflichtgrenze zu?
- A Wenn sie unterschritten wird, kann ein Angestellter grundsätzlich in die private Krankenversicherung wechseln.
 - B Für Beamte gilt die Versicherungspflichtgrenze nicht.
 - C Zuschläge für den Familienstand, z. B. Kindergeld, gehören zum Arbeitsentgelt zur Berechnung der Versicherungspflichtgrenze.
 - D Keine Aussage ist korrekt.

15. Die verheiratete Steuerfachangestellte Anne Flink hat am 9. Sept. 2015 entbunden.
Bis zu welchem Zeitpunkt kann die Arbeitnehmerin längstens zu Hause bleiben, wenn sie Elternzeit in Anspruch nimmt?
- A Bis zum 9. Sept. 2017.
 - B Bis zum 9. Sept. 2018.
 - C Bis zu 8 Wochen nach der Entbindung.
 - D Bis zum 9. Sept. 2016.

HANDELSRECHT

16. Bei welcher Firma handelt es sich um eine juristische Person?
- A Fritz Berling Spielwaren e.K.
 - B A & B Betonwerke OHG
 - C Bremer Tafel GmbH
 - D Wolfsburger Winterkorn Brennerei KG
17. Was bedeutet der Grundsatz der Firmenausschließlichkeit?
- A Jede neue Firma muß sich von allen an demselben Ort bereits bestehenden Firmen deutlich unterscheiden.
 - B Bei Übernahme des Unternehmens darf die bisherige Firma weitergeführt werden.
 - C Bei Neugründung müssen Firmenkern und bürgerlicher Name des Geschäftsinhabers übereinstimmen.
 - D Betreibt ein Einzelhandelskaufmann mehrere selbständige Unternehmen, kann er für alle Unternehmen nur eine gemeinsame Firma führen.
18. Welche Aussage über Istkaufleute ist falsch?
- A Istkaufleute betreiben immer ein Handelsgewerbe.
 - B Die Eintragung eines Istkaufmanns ins Handelsregister hat deklaratorische Wirkung.
 - C Es gibt Istkaufleute, die nicht im Handelsregister eingetragen sind.
 - D Istkaufleute sind grundsätzlich nach § 141 AO buchführungspflichtig.
19. Der Begriff "Handelsgewerbe" gem. § 1 HGB leitet sich aus ... her.
- A § 15 EStG
 - B § 2 UStG
 - C § 14 AO
 - D § 14 BGB

20. Arnold Petersen (A) und Bernd Klein (B) eröffnen einen Betrieb in der Rechtsform der Kommanditgesellschaft. A ist Komplementär und B Kommanditist. Welche der folgenden Angaben wird nicht ins Handelsregister eingetragen?

- A Ort der Niederlassung
- B Vor- und Zunamen der Gesellschafter
- C Kapitaleinlage des Komplementärs (Vollhafter) A
- D Kapitaleinlage des Kommanditisten (Teilhafter) B

Ende der Aufgaben!